Abend-Ausgabe Nr. 265 Mittwoch, 8. Juni 1938

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus monatlich RM. 3.30, durch Postbezug RM. 3.30 einschl. 48,44 Rpf. Postgeb. (ohne Postzustellungsgebühr) bei seltenmal wöchentlichem Versand. Einzel-Nr. 10 Rpf.) außerhalb Dresdens Verkauf nur mit Morgenausgabe

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42. Fernruf 25241. Postscheckkonto 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberversicherungsamt Dresden

Anzeigenpreise lt. Preisliste Nr. 7: Millimeterzeile (23 mm breit) 11,5 Rpf. Nachlässe nach Staffel B. Familienanzeigen u. Stellengesuche Millimeterzeile 6 Rpf. Ziffergeb. 30 Rpf. — Nachdruck nur mit Quellenangabe Dresdner Nachrichten. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Daladier verkündet scharfes Durchgreifen

„Jedes fremde Flugzeug über Frankreich wird gejagt"

Paris, 8. Juni.

Ministerpräsident Daladier, der von seiner Besichtigungsreise an die französisch-sowjetspanische Grenze wieder nach Paris zurückgekehrt ist, hat eine Erklärung abgegeben, derzufolge die französische Regierung entschlossen ist, Angriffen fremder Flieger mit der Waffe entgegenzutreten. Man darf gespannt sein, ob in Zukunft tatsächlich etwas gegen bolschewistische Uebergriffe geschehen wird.

Die Erklärung des Ministerpräsidenten lautet: Die Regierung wird, koste es, was es wolle, den energischen Maßnahmen Achtung verschaffen. Jedes Flugzeug, das französisches Gebiet überfliegt, wird sofort angegriffen und gejagt werden. Die Flakbatterien werden verstärkt. Entsprechend den Feststellungen während der letzten Ueberfliegungen bzw. Bombardierungen französischen Gebietes werden besonders in Banyuls Abwehrposten eingesetzt werden, denn von dort wird die Verteidigung Cerbères am wirksamsten sein. Im Departement Ariège haben die Flakabteilungen bereits ihre Stellungen bezogen. Weitere werden in den nächsten Tagen folgen. Schließlich liegen 16 Jagdgeschwader zur Zeit in Perpignan. Sie werden hier so lange bleiben, als es notwendig erscheint.

Kriegsmarine deckt Waffenschmuggel

Salamanka, 8. Juni.

Der nationale Sender Salamanka gab eine amtliche Mitteilung bekannt, in der festgestellt wird, der Widerstand der Bolschewisten sei allein deshalb noch möglich, weil ausländische Schiffe ununterbrochen Kriegsmaterial nach den roten Häfen brächten. Es wird betont, daß Schiffe, die in feindlichen Häfen Kriegsmaterial ausladen, nach internationalem Kriegsrecht als militärische Ziele gelten und daher von den nationalen Fliegern bombardiert würden. — Wie der Sender weiter mitteilte, will er aus sicherer Quelle erfahren haben, die bolschewistischen Machthaber hätten um den Schutz der französischen Kriegsmarine für diese Waffentransporte nachgesucht. So habe z. B. an der Seite des Dampfers „Lacorte" während des Ausladens im Hafen von Barcelona bereits ein französisches Torpedoboot gelegen.

Spaltung bei Frankreichs Sozialisten

Paris, 8. Juni.

Auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Royan, der bis in die Morgenstunden des Mittwochs tagte, kam es zu einer erneuten Spaltung der Sozialdemokratischen Partei. Zunächst hatte sich Leon Blum bemüht, eine Entschließung über die politische Lage von allen Gruppen der Partei gemeinsam zur Annahme zu bringen, sah sich dabei aber unüberwindlichen Schwierigkeiten gegenüber. Eine erste Entschließung mußte er fallen lassen, aber auch ein abgeänderter Wortlaut fand nicht die erhoffte Einmütigkeit. Blum vereinigte nur 4872 Mandate auf sich, während die Entschließung der sogenannten Kampfgruppe der Zyronsilente 1785 Mandate und die des linksrevolutionären Flügels 1430 Mandate erzielte.

Nach der Auszählung des Abstimmungsergebnisses wurde bekanntgegeben, daß sämtliche Mitglieder des linken revolutionären Flügels aus der Partei austreten. Der revolutionäre Flügel verteilte ein Manifest, in dem die Gründung einer „Sozialdemokratischen Arbeiter- und Bauernpartei" angekündigt wird.

Die Partei soll ihre erste Landestagung Mitte Juli abhalten.

Generalfeldmarschall Göring in Kronenburg

Zur Eröffnung der Hermann-Göring-Meisterschule für Malerei

Kronenburg, 8. Juni.

Ministerpräsident Generalfeldmarschall Hermann Göring stattete am Mittwoch dem im schönen Kyltal in der Eifel gelegenen Kronenburg einen Besuch ab, um die nach ihm benannte Meisterschule für Malerei, die die Wegbereiterin für das neue deutsche Kunstschaffen werden soll, ihrer Bestimmung zu übergeben.

Kurz nach 10 Uhr lief der Sonderzug des Generalfeldmarschalls in Kronenburg ein. Nach herzlicher Begrüßung der Ehrengäste schritt Ministerpräsident Göring, in dessen Begleitung sich u. a. Staatssekretär General der Flieger Milch und SS-Obergruppenführer Weitzel befanden, die Front der angetretenen Ehrenformationen ab. Am Berghang der Straße brachten die Bewohner des Ortes dem Generalfeldmarschall außerordentlich herzliche Kundgebungen dar.

Am Dienstagabend besuchte Ministerpräsident Generalfeldmarschall Göring in Berlin in Begleitung seines Staatssekretärs Körner die 1. Internationale Handwerksausstellung. Zum Empfang waren Reichsorganisationsleiter Dr. Ley und führende Persönlichkeiten des deutschen Handwerks erschienen. Generalfeldmarschall Göring besichtigte eingehend die Werkstätten und die Leistungsschauen der einzelnen Länder, wobei ihm Ehrengeschenke, insbesondere von den ausländischen Handwerkern, überreicht wurden.

Das Kulturlager der HJ eröffnet

Weimar, 8. Juni.

In festlicher Weise wurde heute vormittag in Weimar das diesjährige Kulturlager der Reichsjugendführung durch den Chef des Rundfunk- und Kulturamtes der RJF, Obergebietsführer Cerff, eröffnet. Im weiten Viereck war das Arbeitslager auf dem grünen Wiesenplan des Appellplatzes im Goethepark angetreten, rund 300 HJ-Führer und BDM-Führerinnen aus dem gesamten Reich. Obergebietsführer Karl Cerff, der Leiter der gesamten kulturellen Arbeit der HJ, rief seine Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen auf, sich zu dem traditionellen Geist der jungen Nationalsozialisten immer wieder zu bekennen, der sich von Jahr zu Jahr in der weltanschaulichen Erhärtung der Jugend und des gesamten Volkes erneuert.

Anschluß an die Autostraßen der Achse

Belgrad, 8. Juni.

Die Belgrader Regierung hat beschlossen, innerhalb der nächsten sechs Jahre zwölf Milliarden Dinar (rund 125 Millionen RM) für Straßenbauten aufzuwenden. Man ist in Jugoslawien gewillt, unter allen Umständen den Anschluß an das deutsche und das italienische Autostraßennetz herzustellen und damit zur wirtschaftlichen und touristischen Erschließung des Landes beizutragen. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß in den beiden letzten Jahren bereits 540 Kilometer Autostraßen fertiggestellt wurden und 445 Kilometer ihrer Vollendung entgegengehen.

Prager Angstbeschluß: Drei Jahre Dienstpflicht

Prag, 8. Juni.

Wie tschechische Blätter melden, soll die dreijährige Dienstzeit bereits am 1. Oktober d. J. eingeführt werden. Dann würden also die Soldaten, die jetzt das zweite Jahr dienen, noch ein Jahr länger im Dienst bleiben müssen.

Verhandlungen London-Washington gescheitert

„Ein schlechtes Zeichen für die Wirksamkeit liberaler Methoden"

Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten"

London, 8. Juni.

Der für unvermeidlich geltende Zusammenbruch der englisch-amerikanischen Handelsvertragsverhandlungen wird in London zum mindesten nach außen hin auf die leichte Schulter genommen. Es wird dabei darauf hingewiesen, daß derartige Schwierigkeiten bei der Aushandlung von gegenseitigen Zugeständnissen unvermeidlich seien und die Verhandlungen ja früher oder später wieder aufgenommen werden würden. Auf jeden Fall gehe der Abbruch zurück auf rein technische Schwierigkeiten, verbunden mit innerpolitischen Erwägungen der amerikanischen Regierung. Auf keinen Fall bedeute er eine grundlegende Aenderung der Haltung Englands oder der Vereinigten Staaten. — Trotz aller dieser Beschwichtigungsversuche läßt sich jedoch nicht verhehlen, daß die Wendung der Dinge zum mindesten für die englische Regierung eine herbe Enttäuschung darstellt. Als die englische Abordnung im Februar nach Washington abreiste, sprach man in London davon, daß der Vertrag voraussichtlich bereits Ende Mai unterzeichnet werden würde; und noch in der vergangenen Woche sprach Wirtschaftsminister Stanley im Unterhaus von der überragenden Bedeutung, die die englische Regierung dem Ausgang der Verhandlungen beimesse. Wenn nun die Abordnung mit leeren Händen aus Washington zurückkehrt und kaum noch eine Aussicht auf Abschluß des Vertrages zu bestehen scheint, so ist dies keineswegs eine Kleinigkeit. Die Verhandlungen hatten nicht nur eine große wirtschaftliche Bedeutung, sondern eine vielleicht noch größere politische. Von der mit dem Abschluß eines englisch-amerikanischen Handelsvertrages ausgelösten wirtschaftlichen Entspannung erhoffte man zugleich auch eine politische. Weiter sah man in dem Vertrag die Brücke zu einem engeren Zusammengehen mit den Vereinigten Staaten, und im Zusammenhang hiermit versprach man sich von dem Vertrag mit Washington eine wesentliche Stärkung der diplomatischen Stellung der englischen Regierung. Aus allen diesen Hoffnungen ist zum mindesten vorläufig nichts geworden. Das ist für Ministerpräsident Chamberlain eine bittere Tatsache, die gewiß nicht verfehlt wird durch die Ueberlegung, daß allem Anschein nach die Angst der amerikanischen Regierung vor Stimmenverlust bei den nächsten Wahlen an der Entwicklung schuld ist. Nicht zum erstenmal in der Geschichte der englisch-amerikanischen Beziehungen haben wohl politische Erwägungen Washingtons englische Hoffnungen erstickt.

•

Mit dem Scheitern der englischen Wünsche beschäftigt sich auch die französische Presse. Der „Figaro" erklärt, es sei höchst bedauerlich, zu erfahren, daß die englisch-amerikanischen Verhandlungen vertagt worden seien. Man erkläre diese Vertagung — ohne zu lachen — mit der in Washington herrschenden Tropenhitze (!). Eine weitere Erklärung, wonach man die Ergebnisse der amerikanischen Wahlen im Monat November abwarten wolle, sei ebensowenig stichhaltig. Während die autoritären Staaten auf wirtschaftlichem Gebiete ihre Solidarität bekunden, warte man in Washington ab, bis es weniger heiß sei und Amerika gewählt habe. Der geplante Vertrag sollte der Absicht nach die erste Kundgebung einer tatsächlichen Solidarität der Demokratien darstellen. Sein Scheitern bedeute ein schlechtes Vorzeichen für die Lösung der augenblicklichen Krise durch liberale Methoden.

Eine Wahlniederlage Roosevelts

Newyork, 8. Juni.

Roosevelts New-Deal-Politik erlitt bei einer soeben erfolgten Urwahl der Demokratischen Partei im Staate Jowa eine weitere schwere Niederlage. Bundessenator Gillette, der sich vor einigen Monaten trotz seiner Zugehörigkeit zur Demokratischen Partei gegen die von Roosevelt angestrebte Reform des Obersten Bundesgerichtes gewandt hatte, hat einen überwältigenden Sieg über den New-Deal-Kandidaten Wearin davongetragen. Gillette erhielt 64 000 Stimmen und Wearin nur 35 000.

Aus Pillkallen wurde Schloßberg

Im deutschen Ostpreußen deutsche Namen - Auch Kreise umbenannt

Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten"

Königsberg, 8. Juni.

Durch Erlaß des Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen wurden zahlreiche Namen von Gemeinden und Kreisen innerhalb der Provinz Ostpreußen geändert. Bei der Auswahl der neuen Namen wurde das urkundliche Material des Staatsarchivs in Königsberg in großem Umfange verwertet. Namhafte Wissenschaftler auf dem Gebiete der Volks- und Heimatkunde stellten ihre Mitarbeit zur Verfügung. In vielen Fällen konnte der historisch belegte deutsche Name, unter dem der Ort gegründet wurde, wieder hergestellt werden. So erhielt die Stadt Pillkallen den ursprünglichen Namen aus der Ordenszeit „Schloßberg" wieder. Für die Stadt Bialla wurde der Name „Gehlenburg" wieder hergestellt. In einer Reihe von Fällen konnte an die Namen von Ordensrittern oder Ordenskomturen angeknüpft werden, die den Ort begründeten; so wurde beispielsweise Dlottowen (Kr. Johannisburg) nach dem Komtur Erasmus von Fischborn in „Fischborn" umbenannt. Auch die Namen von ostpreußischen Herzögen und Kurfürsten sowie ihrer Mitarbeiter konnten, soweit sie Gründer der Gemeinden gewesen sind, verwandt werden. Weitere Ortsnamen wurden an die Namen erster durch Verleihungsurkunden nachgewiesener Siedler angelehnt. Ferner konnte auf geschichtliche Ereignisse oder Persönlichkeiten zurückgegangen werden. So heißt die Gemeinde Glodowen (Kr. Sensburg) zum Gedächtnis an den heldenmütigen Verteidiger von Pillau, General von Herrmann, „Herrmannsruh". Die 1815 entstandene Veteranensiedlung Rokeitschen (Kr. Insterburg) wurde „Bliechersdorf" benannt. Neue Namen wurden auch in Erinnerung an Schlachtfelder und Ehrenfriedhöfe des Weltkrieges gefunden. Schließlich mußten viele Namen beseitigt werden, die nach deutschem Sprachempfinden als unschön oder sogar anstößig empfunden werden und die den Einwohnern dieser Gemeinden viel unverdienten Spott eingetragen haben.

Darüber hinaus werden folgende Kreisnamen umbenannt: Kreis Niederung in „Kreis Elchniederung", Kreis Pillkallen in „Kreis Schloßberg", Kreis Stallupönen in „Kreis Ebenrode", Kreis Darkehmen in „Kreis Darkehm".

Den Erfordernissen des Verkehrs entsprechend, wird einstweilen bis zum 1. Oktober d. J. der alte Namen auf den Ortstafeln, Wegweisern und sonstigen Schildern unter den neuen Namen bzw. in Klammern hinter den neuen Namen gesetzt. Dasselbe gilt für Postsendungen. Im Anschluß an die Aenderung der Ortsnamen wird auch eine Ueberprüfung der ostpreußischen Gewässernamen stattfinden, deren Ergebnis in der nächsten Zeit veröffentlicht werden wird. Damit wird ein alter Wunsch der ostpreußischen Bevölkerung in Erfüllung gehen: Im deutschen Ostpreußen — deutsche Namen!

SLUB
Wir führen Wissen.